

2 Mio. US-Dollar zur Ausrottung von Opiumfeldern

Das Drogen-Kontrollprogramm der Vereinten Nationen (UNDCP) stimmt in einer Vereinbarung vom 13. Februar 2002 einem Subventionspaket von zwei Millionen US Dollar zu. Mit dem Geld soll die Ausrottung von Opiumplantagen im Bezirk Long, in der Provinz Luang Namtha, unterstützt werden. Das Geld wird über die nächsten drei Jahre zur Unterstützung des

Projektes bereitgestellt. Die Aktivitäten sind ein Teil des ergänzenden Entwicklungsprojektes, mit dem versucht wird, die Armut der hiesigen Bevölkerung zu mildern und die Abhängigkeit vom Brandrodungsfeldbau zu reduzieren. Der Bezirk Long, der entlang der Grenze zu Burma liegt, ist ein zentraler Anbauort für Opium. Die ungefähr 2000 Einwohner bewirtschaften

600 Hektar Plantagen mit einem Gesamtertrag von ca. 1800 Tonnen Opium pro Jahr. Das Projekt soll bis August 2004 laufen. In Zusammenarbeit mit der laotischen Regierung hat die UNDCP die Norwegian Church Aid in Kooperation mit ortsansässigen Verwaltungen beauftragt, das Projekt zu leiten.

vgl. KPL 14.2.2002

nachrichten

Einigung über Regional-Entwicklungsplan

Die Länder des unteren Mekong-Beckens stimmten überein, den ersten umfassenden Regional-Entwicklungsplan zu entwerfen, der potentiellen Geldgebern in den nächsten drei Jahren vorgelegt werden soll.

Australien, Dänemark, Japan, Schweden und die Schweiz haben sich verpflichtet, mit 6,16 Millionen US-Dollar die Mekong-Kommission zu unterstützen, um den sogenannten Mekong-Becken-Entwicklungsplan mit den Regierungen der vier Länder Thailand, Laos, Kambodscha und Vietnam zu entwerfen. Diese vier Länder sind Mitglieder des Abkommens zur Kooperation für nachhaltige Entwicklung des Mekong-Beckens, die im April 1995 die Mekong-Kommission (MRK) als koordinierende Institution geschaffen haben.

»Es braucht sicherlich Zeit, zu diskutieren und gemeinsame Aktivitäten oder Projekte, die ihrer eigenen Wunschliste entsprechen, mit einzubringen. Aber der offene Dialog bietet eine einzigartige Möglichkeit, Verständnis füreinander zu sichern und möglichen Konflikten in der Zukunft vorzubeugen, wenn die Bevölkerungszahlen steigen«, meinte Joern Kristensen, Vorstandsvorsitzender der Mekong-Kommission. Der Planungsprozess war sehr wichtig, um ein besseres Verständnis der Mitgliedsstaaten untereinander zu schaffen und die nachhaltige Entwicklung

dieser Region zu sichern. Regierungen sowie Bürgerinitiativen müssen zu einer Übereinstimmung kommen. Ihre starke politische Willenskraft und ihr gegenseitiges Verständnis sollten es ermöglichen, den Planungsprozess innerhalb von drei Jahren abzuschließen, so dass er möglichen Geldgebern zur weiteren Ausführung vorgelegt werden kann.

Wichtige Bereiche, in die investiert werden soll, sind Bewässerungssysteme, Fischerei, Wasserkraft, Navigation, Transport und Flussarbeit, wasserbezogener Tourismus und Erholung, Wasserversorgung für häuslichen und industriellen Gebrauch sowie Flutmanagement. Weitere länderübergreifende Schwerpunkte im Entwicklungsplan sind Umwelt, menschliche Ressourcen-Entwicklung, sozioökonomische Entwicklung einschließlich Armutsbekämpfung und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern sowie öffentliche Mitbestimmung.

Joern Kristensen betonte, es sei notwendig, dass die oberen Mekong-Staaten kooperieren, um den Fluss sauber zu halten. Der Wunsch der unteren Mekong-Staaten, sich mit China und Myanmar zusammenzutun ist groß. China und Myanmar waren seit der Gründung der Mekong-Kommission vor sieben Jahren bisher nur Beobachter. Aber es braucht mehr Zeit, bevor diese Staaten sich vollends mit den unteren Anrainer-Staaten zusammenschließen können.

Die Entwicklungspartner stimmten überein, dass Strategien zur Armutsbekämpfung die Basis für Entwicklungsprogramme sein sollten.

Meistens sind Strategien länderspezifisch angelegt. Obwohl sehr nützlich in dem einem Land, kann es sein, dass der Ansatz die Auswirkungen auf ein Nachbarland nicht ausreichend betrachtet hat. Was von dem einem Land als armutsreduzierend betrachtet wird, kann im Nachbarland unwiderrufliche ökologische Schäden nach sich ziehen und als Konsequenz davon die Armut steigern. Das trifft speziell auf die untere Mekong-Region zu, in der sich mehrere Länder das Flussbecken teilen und stark voneinander abhängig sind, was die gemeinsamen ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen angeht.

Vor diesem Hintergrund unterstreicht der am 15. Februar herausgebrachte Mekong-Becken-Entwicklungsplan den einzigartigen Status der 1995 gegründeten Mekong-Kommission zur nachhaltigen Entwicklung des Mekongbeckens. Die Kommission ist die einzige verfassungsgemäße regionale Organisation, die sich mit einem Mandat von höchster politischer Ebene länderübergreifend um das Mekong-Management als Ganzes kümmert. Unter dem 1995 geschlossenen Abkommen wird der Entwicklungsplan das hauptsächliche Werkzeug sein, das von der Mekong-

Kommission als Konzept zur Realisierung der Projekte und Programme des Mekongbeckens benutzt wird. Es geht vorrangig um Projekte, die von internationaler grenzübergreifender Wichtigkeit sind. Im Entwicklungsplan weniger wichtig sind nationale Planungsinitiativen, die die jeweils anderen Anrainerstaaten nicht betreffen.

Siriporn Sailasuta, Chef der Abteilung Energieentwicklung und -förderung ist überzeugt, dass der Mekong-Becken-Entwicklungsplan faires und verträgliches Ressourcen-Management zwischen den Anrainerstaaten fördert. Durch den Planungsprozess, an dem mehrere Teilhaber am Dialog teilnehmen, bietet der Entwicklungsplan ein starkes Gerüst für zielgerichtete Formulierungen, die auf Daten und Analysen basieren, die den einzigartigen Vorteil haben, dass sie die gemeinsamen Blickwinkel aller vier Anrainerstaaten repräsentieren. Zum ersten mal werden sich die Regierungen der vier Staaten um einen Runden Tisch versammeln und entscheiden, wie sie den Mekong, der eine riesige natürliche Ressource darstellt, so entwickeln können, dass alle vier Länder davon profitieren und die schädlichen Effekte der Entwicklung so gering wie möglich gehalten werden.

vgl. BP 15., 16.2.2002

nachrichten

Vertrag über die Abnahme von Elektrizität

Am 5. Februar 2002 unterzeichnete die Electricity Generating Authority of Thailand (Egat) nach langer Verzögerung einen ersten Vertrag (PPA) mit internationalen Entwicklern über die Abnahme von Elektrizität aus dem Wasserkraftwerk Nam Theun 2 in Laos. Thailand verpflichtet sich mit dem Vertrag, 25 Jahre lang Elektrizität im Gesamtwert von 275 Milliarden Baht zu kaufen. Beide Seiten vereinbarten einen Preis von 4,129 US-Cents (entspricht 1,57 Baht) pro Kilowattstunde. Strom wird von Nam Theun 2 in Laos in die Provinz Roi Et in Thailand geschickt. Egat wird Übertragungskabel vom existierenden Stromnetz in der thailändischen Provinz Roi Et bis zur laotischen Grenze legen. Die laotische Stromgesellschaft wird das bestehende Kabelnetz auf laotischer Seite erweitern. Die Distanz vom Projekt bis zum bestehenden Kabelnetz der thailändischen Stromerzeugergesellschaft beträgt etwa 100 Kilometer.

Der Vertrag ist in zwei Phasen unterteilt. Egat wird den Strompreis für 13 Jahre garantieren, bevor entschieden wird, ob das Projekt in der zweiten Phase für die verbleibenden zwölf Jahre in das Elektrizitätsfond-System eintritt. Der Elektrizitätsfond, der im Jahr 2003 in Thailand eingeführt werden soll, wird ein offener Markt sein, auf dem Elektrizitätserzeuger mit ihren Einzelhandelspreisen im Wettbewerb miteinander konkurrieren. Laut Wittaya Kotcharak, Manager von Egat, wird erwartet, dass Egat das

Abkommen in den nächsten sechs Monaten unterzeichnet, und dass der Bau des Projektes in den nächsten 18 Monaten danach startet. Der Bau wird schätzungsweise viereinhalb Jahre dauern. Ab 2008 wird voraussichtlich Wasserkraft aus dem Damm gewonnen werden. Der heutige Vertrag ist das Ergebnis lang andauernder Verhandlungen zwischen Egat und Investoren des Projektes seit der Unterzeichnung des Memorandums des Verständens am 8. August 2000.

»Das Projekt ist jedoch nicht die beste Möglichkeit für thailändische Stromnutzer«, sagte Dej Pumkacha, Präsident des Koordinations-Komitees für Entwicklung der Nichtregierungsorganisationen. In einem Brief an Premierminister Thaksin Shinawatra schrieb das Koordinations-Komitee, der Vertrag käme in einer Zeit der Unsicherheit der Stromnachfrage in Thailand. In einer Zeit langsamen Wirtschaftswachstums tragen die thailändischen Steuerzahler die Kosten übertriebener Energiespeicherung.

Nam Theun 2 ist ein kontroverses Projekt, das unter genauer Beobachtung der Internationalen Gemeinschaft steht. Der Weltbank wurde nahegelegt, dieses Projekt nicht zu unterstützen. Thailand wie auch Laos wurden angehalten, das Projekt genau zu beobachten, bevor das endgültige Abkommen von Vertretern beider Regierungen unterzeichnet wird. Aber wenn Thailand den Kaufvertrag verzögert, muss Egat Investoren entschädigen. Egat ist der einzige Käufer des Stroms der 920-Megawatt-Elektrizitätsanlage. Investoren sind Electricite de France (AEC) mit 35 Prozent Anteilen, die laotische Regierung mit 25 Prozent Anteilen, die Italienisch-Thailändische Entwicklungsgesellschaft mit 15 Prozent Anteilen und Egco, eine private thailändische Tochtergesellschaft von Egat mit 25 Prozent Anteilen.

840 Millionen US-Dollar des 1,1 Milliarden US-Dollar teuren Projektes werden aus Darlehen finanziert. Das Abkommen ist der dritte Stromeinkaufsvertrag zwischen Thailand und Laos mit einer Gesamtmenge von 1.233 Megawatt.

vgl. BP 6.2.2002, Nation 6.2.2002

Anstieg des Flugverkehrs seit 11. September

Seit dem 11. September 2001 ist das Einkommen durch den Anstieg des Luftverkehrs über Laos gestiegen. Laut einem Beamten des Luftverkehrs-Kontrollzentrums sind die Flüge nach Europa durch die nördlichen Luftwege über Laos um 65 Prozent gestiegen. »In der ersten Novemberwoche wurden 298 Flüge mehr als normal verzeichnet«, sagte ein Beamter der Laotischen Flughafenbehörde »vor dem Angriff betrug die wöchentliche Überflugrate 400 Flugzeuge und brachte ungefähr fünf Millionen US-Dollar pro Jahr ein.«

Das heißt, Laos verdient 170.000 US-Dollar pro Woche an der nördlichen Luftroute oder 250 US-Dollar pro Flug. Laos besitzt zwei Überflugrouten, eine nördliche und eine südliche. Letzte Woche wurde eine neue Route eröffnet, die über Savannakhet im Süden von Laos über Vietnam bis nach Hongkong führt. Die neueröffnete Route ist eine Abkürzung auf dem Weg nach Hongkong. Auf ihr erreichen Flugzeuge Hongkong in einer kürzeren Zeit. »Diese Flugroute dient lediglich für Flüge von und nach Hongkong«, sagte der Direktor der Flughafen-Kontrollbehörde. Außerdem spart es den Flug-

gesellschaften Kosten und Zeit und verringert das Gedränge auf der nördlichen Route A1. Anstatt über Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu fliegen, ändern einige Fluggesellschaften ihre Routen und fliegen jetzt über Laos. Es wird erwartet, dass die Anzahl der Flüge über Laos weiterhin steigt, was das Einkommen des Landes erhöhen würde. Laut des Beamten ist das Einkommen durch Überfluggenehmigungen das zweithöchste nach dem Ertrag durch Stromexporte. Das ist der Verdienst der Einführung eines neuen Radarsystems. Die Möglichkeit zur Kontrolle des Luftraumes über Laos ist das Ergebnis der Installation eines 17 Millionen US-Dollar teuren Radarsystems durch die Regierung. Von 1978 bis zum 31. Oktober 2001 agierte Laos nur als Fluginformationszentrum, soweit der aktuelle Flugverkehr mit Hilfe von Thailand und Vietnam geregelt werden konnte. Eigene angemessene Möglichkeiten zur Flugüberwachung fehlten. Heute besitzt Laos adäquate Mittel zur Flugüberwachung.

vgl. News bulletin Lao Embassy, November/Dezember 2001

Entlassung des Außenministers?

Der laotische Außenminister Somsavat Lengsavad nimmt eine dreimonatige Auszeit kurz vor einer erwarteten Regierungsumbildung. Reporter der offiziellen Nachrichtenagentur KPL meinen, dass Somsavat Lengsavad ins Ausland gegangen sei, um dort Englisch zu studieren, und dass sein Stellvertreter Phongsavath Boupou vorübergehend dessen Aufgaben wahrnehme. Aber seine Abwesenheit während der Parlamentswahl Ende Februar 2002 und eine erwartete Regierungsumbildung haben Gerüchte geschürt, dass

er vielleicht aus der Regierung entlassen wurde. Vor zwei Jahren benutzten die Autoritäten die Entschuldigung einer Fortbildung im Ausland als der prominente Minister Khamsay Souphanouvong politisches Asyl in Neuseeland beantragte. Somsavat Lengsavad nahm eine ähnliche Auszeit während einer Regierungsumbildung 1998, die ihm zum Amt des stellvertretenden Premierministers verhalf.

vgl. BBC World Service 14.2.2002